



Herausgeberin:

Frauenreferat im Amt der Vorarlberger Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem  
Frauennetzwerk Vorarlberg

Konzeption: Dr.<sup>in</sup> Eva Häfele

Auswertung der Fokusgruppen und Texterstellung:

Isabel Burtscher, Bakk. rer. soc. oec.

Dr.<sup>in</sup> Eva Häfele

Endredaktion: Dr.<sup>in</sup> Eva Häfele

Stand: Mai 2013

Bregenz

1	Einleitung	4
2	Die Methode	4
3	Daten und Fakten zu Frauen in der Gemeindepolitik	6
4	Zusammenfassung der Ergebnisse der Fokusgruppen	7
4.1	<i>Wie wird Gemeindepolitik von den Frauen wahrgenommen?</i>	7
4.2	<i>Wer wird durch die Gemeindepolitik vertreten?</i>	9
4.3	<i>Informationsstand der Frauen über gemeindepolitische Tätigkeiten</i>	9
4.4	<i>Die Themen und Anliegen der Frauen</i>	10
4.5	<i>Hindernisse für politisches Engagement in der Gemeinde</i>	11
4.6	<i>Anreize und Voraussetzungen für ein Engagement in der Gemeinde</i>	13
4.7	<i>Was soll sich auf Gemeindeebene ändern?</i>	14
5	Abschließende Bemerkungen	15
6	Anhang	16

## 1 Einleitung

Seit seiner Gründung im Jahr 2000 macht das Frauennetzwerk Vorarlberg auf die Anliegen der Frauen auf kommunaler und regionaler Ebene aufmerksam. Mittels zahlreicher Aktivitäten – Vorträge und Informationsveranstaltungen zu frauenrelevanten Themen, Wanderausstellungen und Broschüren und vieles mehr – sowie Öffentlichkeitsarbeit werden Impulse für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Regionen Vorarlbergs gesetzt.

Ein besonderes Anliegen ist die Stärkung der politischen Mitbestimmung durch die Frauen auf kommunaler Ebene und die Erhöhung des Frauenanteils in den Vorarlberger Gemeinderäten und Gemeindevertretungen.

Neben dem Politiklehrgang für Frauen „Fit für die Politik“, der seit vielen Jahren vom Frauenreferat im Amt der Vorarlberger Landesregierung organisiert wird, wurde 2009 „Frauen in die Politik“ als überregionale und parteiunabhängige Initiative des Frauenreferates und des Frauennetzwerkes Vorarlberg ins Leben gerufen. Das übergeordnete Ziel ist es, mehr Frauen für eine aktive politische Mitarbeit in der Gemeinde zu gewinnen. Bis September 2009 wurden in den Regionen 33 Veranstaltungen mit fast 400 Teilnehmerinnen durchgeführt: Workshops zur Gemeindepolitik, Trainingsangebote und Vorträge.

In knapp zwei Jahren (2015) finden die nächsten Gemeindevertretungswahlen statt. Im Vorfeld zu den Wahlen planen das Frauenreferat und das Frauennetzwerk wieder gemeinsame Maßnahmen, um mehr Frauen für die aktive Mitarbeit in den Gemeindevertretungen zu gewinnen.

Mein persönlicher Dank gilt den Frauensprecherinnen und Frauen aus den Regionen, die im Zeitraum März bis April 2013 an dieser Erhebung teilgenommen haben. Ein besonderes Dankeschön geht an die Regionensprecherinnen, die für die Organisation, Betreuung und Begleitung verantwortlich waren, sich als Moderatorinnen engagierten.

## 2 Die Methode

Als Methode wurde das sozialwissenschaftliche Instrument der Fokusgruppe eingesetzt. Die Fokusgruppe ist eine moderierte Gruppendiskussion über ein vorgegebenes Thema mit einer begrenzten Zahl (maximal acht Personen) an TeilnehmerInnen. In der Fokusgruppe sollen gruppendynamische Prozesse angeregt werden: Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Meinungen und die Reflexion der eigenen Meinung.

Für die Fokusgruppen wurde ein „relationaler Interviewleitfaden“ – im Gegensatz zu einem linearen Interviewleitfaden – entwickelt; dieser soll eine flexible Fragestellung ermöglichen, die auch ein Überspringen von Fragen oder ein Zurückkehren zu einzelnen Fragen gestattet. Der Leitfaden entspricht einer visualisierten mentalen Landkarte (Interviewleitfaden im Anhang).

Die Fragen an die Teilnehmerinnen entstanden in einem gemeinsamen Workshop mit den Regionensprecherinnen. Diese wurden auch in ihre Aufgaben als Moderatorinnen der Fokusgruppen eingeschult.

Die Fragen, die an die Teilnehmerinnen gestellt wurden, waren:

- Wie erleben Sie die Politik in Ihrer Gemeinde?
  - o Wie nehmen Sie Ihre GemeindevertreterInnen in Ihrer Gemeinde wahr?
- Ist die Gemeindevertretung in Ihrer Gemeinde wirklich eine Vertretung aller Personen oder Gruppen in Ihrer Gemeinde?
  - o Wer wird überhaupt nicht vertreten?
  - o Fühlen Sie sich durch Ihre Gemeindevertretung vertreten?
- Was kann eine Gemeindevertretung, was können Ausschüsse in einer Gemeinde machen oder nicht machen?
  - o Was sind Aufgaben der Gemeinde, und was sind keine Aufgaben einer Gemeinde?
- Welche Themen wären vorrangig und sollten einen höheren Stellenwert haben?
  - o Was können wir beitragen, damit diese Themen einen höheren Stellenwert bekommen?
  - o Was wären Anreize, dass wir die Gemeinde mitgestalten?
  - o Was müsste sich ändern, damit wir die Gemeinde mitgestalten?
- Was brauchen wir ganz persönlich, um mitzugestalten und aktiv zu werden?

Die Diskussionen wurden simultan mitgeschrieben. In einem nächsten Schritt wurden die umfangreichen Mitschriften nach Themenfeldern strukturiert und kodiert. Die Auswertung der Fokusgruppen erfolgt anonym, es werden keine Namen genannt, und aus den Antworten sollen auch keine Rückschlüsse auf einzelne Personen gezogen werden können. Zitate aus den Gesprächen sind in den Text eingeflossen. Die Analyse der Ergebnisse stellt den Hauptteil dieses Berichtes dar.

#### *Die Fokusgruppen im Überblick*

<b>Region</b>	<b>Regionensprecherin</b>	<b>Ort</b>	<b>Anzahl TN</b>	<b>Tag</b>
Bregenzerwald	Ingrid Delacher	Hittisau	7	Montag, 25. Februar 2013
Vorderland	Gertrud Blum	Röthis	7	Montag, 4. März 2013
Großes Walsertal	Maria Ganahl	Blons	7	Freitag, 8. März 2013
AmKumma	Kiki Karu	Altach	7	Montag, 18. März 2013
Hofsteig	Susanne Nigg	Kennelbach	7	Donnerstag, 28. März 2013
Walgau	Sabine Wäger	Nenzing	7	Mittwoch, 10. April 2013

Die Fokusgruppen fanden in sechs Regionen statt. Die Teilnehmerinnenzahl betrug jeweils sechs Personen plus die Regionensprecherin, die auch als Moderatorin tätig war.

### *Die Teilnehmerinnen der Fokusgruppen*

Die Teilnehmerinnen - 42 Frauen aus sechs Regionen Vorarlbergs – waren eine höchst heterogene Gruppe: sie sind zwischen 18 und 60 Jahren alt, der Großteil der Frauen ist berufstätig (Arbeiterinnen, Angestellte, Selbständige und Bäuerinnen), rund ein Drittel sind Hausfrauen. Ein Großteil der Frauen hat Kinder, deren Alter von einem Jahr bis Mitte zwanzig reicht.

Ein Viertel der Frauen sind in die jetzigen Gemeinden aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland zugezogen und haben somit einen „Migrationshintergrund“.

Einige Frauen sind bereits als Gemeindevertreterinnen in der Politik aktiv.

Fast alle teilnehmenden Frauen wurden von den Frauensprecherinnen ihrer Gemeinde über den Abend informiert. Die einen kamen aus Interesse am Thema, andere wurden von Freundinnen oder Verwandten motiviert, wiederum andere hatten Interesse an einer Mitarbeit in der Gemeindepolitik und wollten sich informieren.

Auffallend ist, dass alle Frauen in unterschiedlichen Organisationen, Vereinen und Initiativen aktiv sind. Das bürgerschaftliche Engagement ist sehr vielfältig. Es reicht von der Mitarbeit in Elternvereinen, Spielgruppen, Bücherei bis zu ehrenamtlichen Trainings für Sportvereine; viele sind in Kulturvereinen wie der Blasmusik, Chören oder auch dem Pfarrgemeinderat und anderen kirchlichen Einrichtungen aktiv.

Die Frauensprecherinnen haben allerdings auch festgestellt, dass es teilweise sehr schwierig war, Frauen für den Abend zu gewinnen. Es gab viele Absagen aus unterschiedlichen Gründen. Die beiden am häufigsten genannten waren „Zeitmangel“ und „ich möchte mich nicht politisch engagieren.“

### **3 Daten und Fakten zu Frauen in der Gemeindepolitik**

Im März 2010 fanden in Vorarlberg die letzten Gemeinderatswahlen statt. Von den 1.779 Gemeindevertreter/innen sind 369 Frauen. Der Frauenanteil beträgt daher aktuell 20,7 %. Er liegt damit unter dem Frauenanteil des Landtages mit 12 Frauen seit November 2012 (= 36 % Frauen und 64 % Männer). Ab Mai 2013 waren zwei Frauen in der Vorarlberger Landesregierung vertreten.

Sehr stark hat sich inzwischen der Anteil der Frauen an den Bürgermeisterinnen und Vizebürgermeisterinnen vergrößert: In Vorarlberg gibt es (ab Mai 2013) insgesamt fünf Bürgermeisterinnen, davon vier im Bregenzerwald (Egg, Lingenau, Mellau und Alberschwende) und 16 Vizebürgermeisterinnen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Feigl, Susanne (2013): Indikatoren für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Ein Vergleich der Situation von Frauen und Männern in Vorarlberg und Österreich. 2. Auflage. Bregenz

## **4 Zusammenfassung der Ergebnisse der Fokusgruppen**

Im folgenden Kapitel werden die zentralen Ergebnisse der Diskussionen in den Fokusgruppen dargestellt. Die einzelnen Unterkapitel orientieren sich weitgehend am Interviewleitfaden.

### **4.1 Wie wird Gemeindepolitik von den Frauen wahrgenommen?**

Als Einstieg in die Fokusgruppen diente die Fragestellung: „Wie erlebt ihr Politik in eurer Gemeinde?“. Aus den regen Diskussionen und den Schilderungen der persönlichen Wahrnehmung lässt sich ablesen, dass die Teilnehmerinnen ein erhebliches Interesse an gemeindepolitischen Aktivitäten zeigen. Das Wissen darüber ist jedoch unterschiedlich umfangreich. Sie verfolgen die Aktivitäten in ihrer Heimatgemeinde nach Möglichkeit regelmäßig mit.

Im Hinblick auf das Erleben von Gemeindepolitik haben sich folgende Themenschwerpunkte herauskristallisiert.

#### **(In-)Transparenz der Gemeindepolitik - Kommunikation gemeindepolitischer Inhalte**

Damit Gemeindepolitik erlebt werden kann, braucht es Möglichkeiten, Gemeindepolitik wahrzunehmen. Die Art der Information und der Vermittlung bezüglich der einzelnen Aspekte gemeindepolitischer Aktivitäten haben somit einen großen Einfluss auf die Wahrnehmung der Gemeindepolitik. Mancherorts kann Gemeindepolitik aufgrund fehlender Informationsmöglichkeiten über laufende politische Prozesse nur eingeschränkt wahrgenommen werden. In jenen Gemeinden, in welchen das Gemeindeblatt oder öffentliche Anschläge als Kommunikationsmedium Verwendung finden, fühlen sich die befragten Frauen besser informiert und schließlich befähigt, eine Meinung über die politischen Geschehnisse zu bilden. Die Transparenz von politischen Entscheidungsprozessen auf Gemeindeebene fördert somit die Präsenz von politischen Inhalten im Alltagsleben der Bürgerinnen.

Die geringe Berührung mit politischen Tagesgeschehnissen trägt dazu bei, dass manche Frauen nur über unzureichende Einblicke in die Gemeindepolitik verfügen und folglich eine themenbezogene (politische) Meinungsbildung erschwert wird. Es kann davon ausgegangen werden, dass Personen, die sich nicht in der Lage fühlen, sich eine Meinung zu bilden, weniger ambitioniert sind, an der Gestaltung von Gemeindepolitik mitzuwirken.

#### **Bürgernahe Gemeindepolitik – Kommunikationsmöglichkeiten mit GemeindepolitikerInnen**

Neben der Information über gemeindepolitische Geschehnisse wird Gemeindepolitik stark unter dem Aspekt der Bürgernähe von BürgermeisterInnen, GemeindevertreterInnen und MitarbeiterInnen des Rathauses diskutiert. Den Teilnehmerinnen der Fokusgruppen ist es wichtig, dass sie ihre Anliegen den GemeindepolitikerInnen mitteilen können. Die Akzeptanz und damit auch eine positive Wahrnehmung der Gemeindepolitik hängen von den Möglichkeiten der Kommunikation mit GemeindepolitikerInnen ab.

Teilweise besteht der Wunsch nach Öffnung der Wege der Kommunikation mit GemeindepolitikerInnen. Denn Kommunikation mit ihnen findet mancherorts vor allem in Vereinen statt. Frauen, die nicht in Vereinen tätig sind, fühlen sich folglich in ihren Möglichkeiten der Kommunikation mit Gemeindepolitikern eingeschränkt.

### **Wahrnehmung der Gemeindepolitik in Abhängigkeit von der persönlichen Bedürfnislage**

Aus den Statements der Frauen bezüglich der Wahrnehmung von Gemeindepolitik wird ersichtlich, dass Gemeindepolitik an Bedeutung gewinnt, wenn Bedürfnisse vorhanden sind, die nicht aus eigenem befriedigt werden können. Dazu zählt vor allem die außerfamiliäre Kinderbetreuung. Der Bezug zur Gemeindepolitik ist somit stark durch die eigene Bedürfnislage und die Lebensumstände bedingt: „Brauche ich etwas von der Gemeinde - inwieweit kann sie mir behilflich sein?“.

### **Zusammensetzung der Gemeindevertretung**

Die Zusammensetzung der Gemeindevertretung wird kritisch wahrgenommen. Es entsteht das Bild von exklusiven und traditionell männlich dominierten Zirkeln. Der Einzug in die Gemeindevertretung sei vielerorts alteingesessenen, einflussreichen Männern mittleren Alters vorbehalten. Nicht alle Bevölkerungsgruppen würden auf kommunaler Ebene vertreten. In diesem Kontext wird die Gemeindevertretung mit Begriffen wie Vetternwirtschaft und Sippenhaftung beschrieben.

### **Der Arbeitsmodus innerhalb der Gemeindepolitik**

Das Zustandekommen von gemeindepolitischen Entscheidungen wird von den Teilnehmerinnen sehr unterschiedlich wahrgenommen. So werden beispielsweise der Handlungsspielraum und die Entscheidungsmacht von BürgermeisterInnen zum Teil als stark eingeschränkt bewertet. Für andere besitzen BürgermeisterInnen zu viel Entscheidungsmacht.

Einen weiteren zentralen Aspekt bildet hierbei die Diskussionskultur innerhalb der Gemeindepolitik. Manche Frauen können kein Verständnis für langwierige Entscheidungsdiskussionen aufbringen. Mit gemeindepolitischen Entwicklungsprozessen verbinden nicht alle Frauen nachhaltige und vorausschauende Konzepte. Es wird bemängelt, dass u.a. aufgrund der kurzen Regierungsperioden Gemeindepolitik nicht auf der Basis eines längerfristig ausgelegten Entwicklungskonzeptes gestaltet wird.

Die Tätigkeit von Ausschüssen erfährt zu geringe Wertschätzung. Es wird beanstandet, dass die Arbeitsergebnisse von Ausschüssen oftmals zu wenig in die tatsächlichen Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Ausschussarbeit wird in diesem Zusammenhang mit dem Begriff „Alibihandlung“ in Verbindung gebracht. Der Ausschuss dient in dieser Hinsicht nicht zur Erweiterung des Wissensstandes von GemeindepolitikerInnen und GemeindevertreterInnen, sondern nur dazu, der Bevölkerung das Gefühl zu geben, ein bestimmter Sachverhalt würde nähere Aufmerksamkeit erfahren.



### **(Unter-)Repräsentanz und Gestaltungsmöglichkeiten von Frauen in der Gemeindepolitik**

Das Frauenbild in vielen Vorarlberger Orten scheint stark von traditionellen Vorstellungen geprägt zu sein und passt demgemäß gut zu der wahrgenommenen Überrepräsentation von Männern in der Gemeindevertretung. Frauen sollen laut einigen Teilnehmerinnen sich nicht an öffentlichen Diskursen und somit Gemeindepolitik beteiligen, da diese generell Männern (aus einflussreichen und alteingesessenen Familien) vorbehalten sind.

Aufgrund dieser Vorstellung möchten einige Frauen nicht in die Gemeindevertretung einziehen. Einige Frauen äußerten in der Diskussion zudem Zweifel, ob sie von ihren Ehemännern oder Verwandten Zustimmung oder Unterstützung für ein gemeindepolitisches Engagement erfahren würden. Andere waren unsicher, ob die Stimmen von Frauen überhaupt gehört und ernst genommen werden.

#### **4.2 Wer wird durch die Gemeindepolitik vertreten?**

Trotz den oben genannten Zweifeln, fühlten sich ein Großteil der Teilnehmerinnen der Fokusgruppen durch die jeweilige Gemeindepolitik und die PolitikerInnen vertreten. Das Gefühl, persönlich vertreten zu werden, hängt jedoch davon ab, ob ein direkter Kontakt zu GemeindevertreterInnen, GemeindepolitikerInnen oder BürgermeisterIn besteht bzw. möglich ist.

Der Wunsch nach Vertretung steht häufig in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den eigenen Lebensumständen. So haben beispielsweise Frauen mit Kindern einen stärkeren Wunsch nach Vertretung, weil sie auf das lokale Kinderbetreuungsangebot und gute Ausbildungsmöglichkeiten für ihre Kinder angewiesen sind.

Unter den Teilnehmerinnen besteht weitgehend ein Konsens darüber, dass die Berücksichtigung der jeweiligen Bedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen von ihrer Präsenz in der Gemeindevertretung abhängt. Einzelne Gruppen wie Frauen, MigrantInnen, Senioren und Jugendliche oder Kinder, sowie verschiedene Berufsgruppen (z.B. Bauern) sind in der Gemeindevertretung, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, unterrepräsentiert und erfahren teilweise zu geringe Aufmerksamkeit bei der Gestaltung von Gemeindepolitik.

Resultierend aus dieser Wahrnehmung wurde häufig der Wunsch nach einem höheren Anteil von Frauen in der Gemeindepolitik/Gemeindevertretung geäußert. Einige Teilnehmerinnen erachten dies als wichtig, damit die spezifischen Anliegen von Frauen, wie etwa Kinderbetreuung, in der Gemeindepolitik besser berücksichtigt werden.

#### **4.3 Informationsstand der Frauen über gemeindepolitische Tätigkeiten**

Das Wissen über gemeindepolitische Entscheidungsprozesse, konkret: Ergebnisse von Ausschüssen und Gemeindevertretungssitzungen, ist in jenen Gemeinden groß, in welchen die Bevölkerung Aufklärung darüber erhält. Vielfach wird bemängelt, dass beispielsweise das Gemeindeblatt oder andere Medien zu wenig dafür genutzt wird, um Einblicke in die politischen Geschehnisse zu vermitteln. Gemeindepolitik kann somit nicht in allen Gemeinden mitverfolgt werden. Über die Zusammensetzung von Gemeindevertretung und -ausschüssen besteht ein (unterschiedlich) defizitärer Informationsstand.

Aus den Fokusgruppen wird ersichtlich, dass ein großer Bedarf besteht, die Bevölkerung - und vor allem die Frauen - stärker über das Zustandekommen, den Arbeitsmodus und die Gestaltungsmöglichkeiten von und Gemeindevertretung und Gemeindeausschüssen zu informieren und die Möglichkeiten aktiver Teilhabe aufzuzeigen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass ein besserer Informationsstand über die Inhalte und Abläufe in den kommunalen Gremien, das Interesse an einer Mitgestaltung intensivieren würde.

#### **4.4 Die Themen und Anliegen der Frauen**

Es besteht der konkrete Wunsch nach einer Bedarfserhebung und vor allem einer stärkeren Einbindung der gesamten Bevölkerung bei der Themenfindung von gemeindepolitischen Entwicklungsprozessen. Ein Ausbau der Kommunikationsmöglichkeiten mit den jeweils zuständigen GemeindepolitikerInnen und GemeindevertreterInnen, um Themen und Anliegen einbringen zu können, wird von den Frauen gefordert.

Ein Teil der Frauen wendet sich bei Problemlagen direkt an die jeweiligen BürgermeisterInnen oder an die zuständigen Personen der Verwaltung, sie findet dort Gehör und erfährt Hilfestellung. Ein anderer Teil der Frauen befürchtet, als Frau, aufgrund der Zugehörigkeit zu einer weniger angesehenen Familie oder aufgrund fehlender Netzwerke kein Gehör zu finden. Sie behalten deshalb ihre Anliegen für sich.

Folgende Themen sind den Teilnehmerinnen der Fokusgruppen ein besonderes Anliegen:

- Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten; ganzjährige Öffnungszeiten und Anzahl der Plätze
- Bildung und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche
- Gleichstellung aller BürgerInnen bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur (Turnhallen, Gemeinderäume, Proberäume für Chöre etc.)
- Installierung einer Austauschplattform für Frauen zur politischen Meinungsbildung
- Installierung eines Frauen-/Elternstammtischs zum Meinungsaustausch über Erziehung
- Bereitstellung von gemeinderelevanten Informationen für Neuzugezogene
- Informationsabende für neue GemeindebürgerInnen
- Bereitstellung von lebensabschnittrelevanten Informationen (Geburt, Heirat etc.)
- verstärkte Serviceorientierung bei den MitarbeiterInnen des Rathauses oder des Gemeindeamtes
- strengere Regeln für Hundehalter (hier handelt es sich um ein spezielles Anliegen in einer Gemeinde)
- Integration neuzugezogener Mütter in die Dorfgemeinschaft
- Einbezug „vereinsamter“ Senioren in die Dorfgemeinschaft; z.B. durch Besuchsdienste
- Abschaffung der „Sippendominanz“ in der Gemeindepolitik – Förderung von Demokratie.

#### 4.5 Hindernisse für politisches Engagement in der Gemeinde

Die Hindernisse, die gegen ein politisches Engagement auf Gemeindeebene angeführt wurden, reichen von der fehlenden öffentlichen gesellschaftlichen Akzeptanz politisch aktiver Frauen, dem Bild von Politikerinnen, das in der Öffentlichkeit vorherrschend ist, bis zu der oft genannten Unvereinbarkeit von Familienarbeit und Politik und dem bereits vorhandenen zivilgesellschaftlichem Engagement. Auf der persönlichen Ebene wurden das mangelnde Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und das Wissen sowie der Wunsch nach Handeln statt langen Diskussionen genannt.

##### **Fehlende Akzeptanz politisch aktiver Frauen**

Nicht fehlendes Interesse, sondern *die fehlende gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau* auf Gemeindeebene und im Privatleben bildet das zentrale Hindernis für die aktive Teilhabe an der Gemeindepolitik. Die geringe Beteiligung von Frauen an der Gemeindepolitik kann auf die *fehlende Akzeptanz von politisch aktiven Frauen* zurückgeführt werden. Gemeindepolitik wird als Männerdomäne wahrgenommen, und die Frauen fühlen sich in der Gemeindepolitik nicht erwünscht. Es besteht auch die Befürchtung oder Erfahrung, dass sie aufgrund ihres biologischen Geschlechtes über weniger politische Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten verfügen.

##### **Politisch aktive Frauen unter sozialem Druck**

Des Weiteren scheuen einige Frauen das politische Feld, weil sie einen sozialen Druck auf die Familie und auf sich selbst im jeweiligen Wohnort fürchten. Die Akzeptanz von selbstbewussten Frauen, welche für ihre Meinung öffentlich einstehen, scheint nicht allorts gegeben zu sein: Frauen möchten sich selbst und ihre Familie nicht zum „Gespött“ des Dorfes machen. Die Ausübung des Rechtes auf freie Meinungsäußerung und Partizipation in der Gestaltung der Gemeindepolitik steht in diesem Kontext konträr zum Bedürfnis, nicht auffallen zu wollen.<sup>2</sup>

##### **Eine Parteilinie vertreten**

Die Übernahme einer gemeindepolitischen Funktion wird verbunden mit Parteibeitritt, diesen Schritt wollen jedoch viele Frauen nicht gehen. Immer wieder kam deshalb die Aussage: „Ich kann mir nicht vorstellen, einer Partei oder einer Liste anzugehören.“ Das Interesse an klassischer Parteipolitik ist gering, die Frauen möchten ihre eigene Meinung äußern und sich nicht einer

---

<sup>2</sup> Interpretation der Autorinnen: Dieses Bedürfnis impliziert die Akzeptanz der dominanten Position von Männern in der Gemeindepolitik. Wenn Frauen sich öffentlich nicht zu äußern trauen und somit nicht der Gemeindevertretung beitreten wollen, bleiben die Machtstrukturen in den Gemeinden erhalten.

„Parteilinie“ anschließen. In diesem Zusammenhang wurden auch die Vorteile von freien Listen diskutiert, die ungeachtet einer Parteizugehörigkeit für alle Interessierten offenstehen.

### **Handeln statt lange diskutieren**

Aufgrund der Wahrnehmung, dass Gemeindepolitik verbunden ist mit starren Strukturen und langwierigen Entscheidungsprozessen, können sich manche Frauen kein politisches Engagement vorstellen: „Ich möchte handeln, anstatt nur zu diskutieren.“ Die Übernahme einer gemeindepolitischen Funktion ist für viele Frauen aufgrund ihres Verständnis der Spielregeln in der Politik unattraktiv. Sie verbinden mit Politik dem Einsatz von Ellenbogen zur Durchbringung der eigenen Interessen. Die Aneignung einer solchen Haltung ist jedoch den meisten Frauen zuwider.

### **Unvereinbarkeit von Familienarbeit und Politik**

Manche Frauen scheinen sich mit dem klassischen Rollenbild der Frau als Hausfrau und fürsorglichen Mutter, welche sich aus allen öffentlichen Diskussionen heraushält und sich auf den Bereich der Familie beschränkt, arrangiert zu haben. Die Betreuung der eigenen Kinder wird in diesem Fall zum Hindernisgrund, sich aktiv in der Gemeindepolitik einzubringen. Denn neben der Aufgabe als Hausfrau und Mutter bleibt für ein Engagement in der Gemeindepolitik keine Zeit. Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Betreuungsaufgaben nicht mehr so aufwendig sind, sehen sich wiederum einige Frauen als gemeindepolitisch aktiv. Ein Eintritt in die Gemeindepolitik aufgrund der Unvereinbarkeit von Familie und Politik wird von fast allen Frauen mit Kindern oder Pflegeverpflichtungen als schwer realisierbar bezeichnet.

Es fehlt somit nicht nur an Akzeptanz und Wertschätzung von politisch aktiven Frauen, sondern auch an Möglichkeiten einer Kinderbetreuung während der Zusammenkünfte der Gemeindevertretung und -ausschüssen. „Der Mann schaut in seinen Kalender, ob er Zeit hat, und dann geht er. Die Frau muss zuerst die Kinderbetreuung und einiges mehr organisieren, bevor sie sich Zeit nehmen kann.“

### **Mangelndes Selbstvertrauen**

Einen weiteren zentralen Hindernisgrund bildet das *mangelnde Selbstvertrauen* der Frauen. So scheuen einige das politische Parkett, weil sie sich nicht zutrauen, in Diskussionen bestehen zu können. Die Einschätzung der persönlichen Kompetenzen auf der Basis der erworbenen Berufsqualifikation bildet eine weitere Quelle des Selbstzweifels. Sie fühlen sich schlichtweg nicht für die aktive Mitgestaltung von Gemeindepolitik qualifiziert, weil sie über kein dementsprechendes Fachwissen zu bestimmten Themenfeldern verfügen: „Ich habe keine Ahnung von Straßenbau und ähnlichem, wie kann ich da im Bauausschuss mitarbeiten?“

## **Zivilgesellschaftliches Engagement**

Gemeindepolitik wird mit einem hohen Zeitaufwand verbunden, welcher nicht vereinbar ist mit der persönlichen Lebensführung. Manche Frauen engagieren sich lieber ehrenamtlich in der Gemeinde, nach dem Motto: „Ich mache lieber was Soziales“, und sind damit bereits gänzlich ausgelastet. Das vielfältige freiwillige Engagement der Frauen war ein häufiges Thema in allen Fokusgruppen, ebenso wie die klassische Rollenverteilung in den Vereinen. „Wir sind für das Putzen der Fenster zuständig.“

Das fehlende Gefühl, als „Zugezogene“ akzeptiert zu werden, bilden eine weitere Hemmschwelle.

### **4.6 Anreize und Voraussetzungen für ein Engagement in der Gemeinde**

Den Abschluss der Fokusgruppen und damit auch für diesen Bericht bildet die Fragestellung: „Was brauchen Frauen ganz persönlich, um Gemeindepolitik mitzugestalten und aktiv zu werden?“. In den Diskussionen konnten zahlreiche Vorschläge gesammelt werden, wie sich die Hemmschwellen für den Eintritt in die Gemeindepolitik abbauen lassen.

## **Empowerment**

Frauen müssen stärker dazu ermutigt werden, an ihre persönlichen Kompetenzen zu glauben und darauf zu vertrauen, dass sie fähig sind, Gemeindepolitik mitzugestalten. Stärkung und Ermutigung könnten Frauen über Mentorinnenprogramme oder Lehrgänge wie den „Politiklehrgang für Frauen - Fit für die Politik“ und andere Maßnahmen der Unterstützung durch das Frauennetzwerk erfahren. Damit sich Frauen für die aktive politische Teilhabe als kompetent einstufen, bedarf es zum Beispiel einer Rhetorikschulung und einer gründlichen Aufklärung über den Arbeitsmodus und die Mitgestaltungsmöglichkeiten in der Gemeindepolitik.

Um diese Ziele zu erreichen, gab es konkrete Vorschläge der Frauen: Installierung eines politischen Frauenstammtisches zur gegenseitigen Stärkung, Mobilisierung, Vernetzung; die Schaffung von Möglichkeiten, sich durch die Diskussion mit anderen Frauen eine politische Meinung zu bilden und die persönliche Diskussionsfähigkeit zu stärken. Als mögliches Modell wurde von den Frauen auch das Format der Fokusgruppe, also einer moderierten Gruppendiskussion, erwogen. Auch der Vorschlag, aktive GemeindepolitikerInnen zu Diskussionen einzuladen, um im Dialog gemeindepolitische Themen zu besprechen, wurde eingebracht.

## **Mobilisierung**

Politisch interessierte Frauen – dieser Vorschlag kam in mehreren Fokusgruppen – könnten sich im jeweiligen Wohnort zusammenfinden. Es bedarf einer Mobilisierung und eines Zusammenschlusses zu einer Liste, um dadurch Zugang und Stimme in der Gemeindevertretung zu erhalten. Die Frauensprecherinnen der jeweiligen Gemeinde könnten die Mobilisierung übernehmen und z.B. zu einem Informationsabend über die Möglichkeiten der aktiven politischen Teilhabe in der eigenen Gemeinde einladen.

Die Mitgestaltung von Gemeindepolitik erfordert jedoch nicht zwangsläufig die aktive Teilhabe. Es wird vorgeschlagen, persönliche Anliegen stärker den jeweiligen politischen Verantwortlichen zu kommunizieren, damit GemeindepolitikerInnen und GemeindevertreterInnen besser auf die jeweiligen Bedürfnislagen eingehen können.

### **4.7 Was soll sich auf Gemeindeebene ändern?**

#### **Frauen auf wählbare Listenplätze setzen**

Aus den Diskussionen und Stellungnahmen ist ersichtlich, dass es nicht wenigen Frauen an Selbstbewusstsein und am Gefühl fehlt, ihre aktive politische Partizipation sei erwünscht. Frauen sollten daher vermehrt dazu eingeladen werden, sich politisch zu engagieren. Zudem sollten ihnen gut wählbare Listenplätze gewährt werden, die ihnen auch Aussicht auf einen Einzug in die Gemeindevertretung bieten. Werden Frauen nur auf die hinteren Plätze gereiht, werden sie sich weiterhin scheuen, eine aktive politische Partizipation in Erwägung zu ziehen. Denn Frauen wünschen sich, dass sie als Diskussionspartnerin wertgeschätzt werden und dass ihre Redebeiträge gleiche Beachtung finden wie jene der Männer.

#### **Aktive und transparente Kommunikation**

Vielen Frauen war nicht klar, wie sie bei einem Interesse an einer Mitarbeit in der Gemeindepolitik überhaupt zum Zug kommen könnten: Geht es darum, dass sie sich aktiv bewerben? Ist es die Aufgabe des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin, auf die Frauen zuzugehen und um ihre Mitarbeit zu ersuchen? Gibt es Listen, in die man sich bei Interesse eintragen kann? Hier ist pro-aktive Haltung seitens der politischen Vertretung und besonders seitens der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters gefordert.

Dazu wurden auch konkrete Vorschläge von den Frauen eingebracht: Frauen persönlich einladen, in die Gemeindepolitik zu gehen, z.B. durch einen personalisierten Informationsbrief über die Möglichkeit, sich für die Gemeindevertretungswahl aufstellen zu lassen. Niederschwellige Anwerbung durch die Ansprache von Frauen im Kindergarten und Volksschule. Kinderbetreuungsmöglichkeit während der Sitzungszeiten, damit Frauen auch ohne großen organisatorischen Aufwand an Zusammenkünften der Gemeindevertretung oder Ausschüssen teilnehmen können. .

Mit dem Kommunikationsstil in der Gemeindepolitik sind viele Frauen nicht sehr zufrieden. Sie fordern klare Regeln, zum Beispiel, wie mit Aussagen umgegangen wird, die in Ausschüssen oder im Gemeinderat getätigt werden. Damit sich niemand aufgrund seiner politischen Teilnahme vor sozialer Abwertung fürchten muss, wünschen sich manche Frauen mehr Schutz für die politisch aktiven Gemeindemitglieder.

### **Förderung einer Frauenquote durch den Bürgermeister**

Als bedeutender Erfolgsfaktor, um die Frauenquote in den Gemeindevertretungen zu erhöhen, wird eine aktive und sichtbare Frauenförderung durch den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin genannt. Wenn diese oder dieser gezielt Frauen anspricht und ihnen entsprechende Plätze auf der Liste anbietet, sind Frauen eher bereit, politische Verantwortung zu übernehmen.

Auch dazu gab es einen konkreten Vorschlag der Frauen: Einführung einer Quotenregelung bei den Gemeindevertretungswahlen. Die Gemeindevertretung sollte idealerweise zu einem gleichen Teil aus Männern und Frauen bestehen. Dafür brauchen Frauen auch eine Chance, gewählt zu werden. Wenn keine Frau die Möglichkeit eines Einzugs in die Gemeindevertretung erhält, wäre die Wahl für ungültig zu erklären.

Damit die Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik nicht nur zum Schein gefördert wird, bedarf es der Möglichkeiten der Teilhabe in „prestigeträchtigen“ Ausschüssen, wie etwa dem Finanz- oder Bauausschuss.

## **5 Abschließende Bemerkungen**

Aus den Fokusgruppen wird ersichtlich, dass Frauen prinzipiell interessiert sind, sich politisch zu engagieren, vielerorts aber die Rahmenbedingungen für den Eintritt von Frauen in die Gemeindepolitik nicht passen.

Frauen bedürfen der Ermutigung durch ihr privates Umfeld. Es fehlt ihnen ebenso an Vorbildern, Mitstreiterinnen und mancherorts an der Unterstützung durch Bürgermeister und an Akzeptanz durch die männlichen Gemeindevertreter und die Bevölkerung.

6 Anhang

Interviewleitfaden für die Fokusgruppen  
(Gestaltung: Ingrid Delacher, Regionsprecherin Bregenzerwald)

